

Basel, 15. März 2017

Abbau der Beiträge an Privatschulbesuche gefährdet die Bildungsvielfalt!

Wir bitten Sie, geschätzte Landrätinnen und Landräte, dem Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission nicht zu folgen und auf das Geschäft (Traktandum 6 / 2016-252) am 16. März nicht einzutreten.

Warum eine Streichung der Privatschulbeiträge (mit Ausnahme noch zu definierender Härtefälle) problematisch ist

Der geplante Abbau gefährdet Bildungsvielfalt und schulischen Erfolg. Privatschulen unterrichten in der obligatorischen Schulzeit 1.998 oder 6.5% aller Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz in Basel-Landschaft. Sie integrieren erfolgreich Kinder, die in der Volksschule Probleme haben - oft auf Empfehlung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste. Einzelne Standorte haben bis zu 40 Prozent Quereinsteigende - Kinder, die in der Volksschule beginnen, dann aber wechseln. Insbesondere Privatschulen mit niedrigen und sozial abgestuften Schulgeldern ermöglichen auch Kindern aus Familien mit kleinen und mittleren Einkommen den Schulbesuch. Gerade diese Schulen wären bei einem Abbau der Elternbeiträge Planungsunsicherheit ausgesetzt und in ihrer Existenz gefährdet. Wenn sie sich nicht mehr halten können, leidet die Bildungsvielfalt in unserem Kanton massiv und damit die Chance einer positiven Schulkarriere für zahlreiche Kinder und Jugendliche.

Die Vorlage führt zu nicht deklarierten Kosten für Kanton und Gemeinden und zu erheblichem Mehraufwand an den Volksschulen.

Es besteht ein erhebliches Risiko, dass der Spareffekt verpufft. Durch Übertritte an die Volksschulen. Durch extra Kosten für Fördermassnahmen und Spezielle Förderung. Und durch die Gefährdung von Privatschulen mit niedrigen und sozial abgestuften Schulgeldern. Selbst der Regierungsrat räumt in seiner Vorlage ein, dass *“aufgrund von Wechseln an die öffentliche Schule die Bildung von Zusatzklassen nicht ausgeschlossen werden”* könne. Diese extra Kosten werden nicht dargestellt. Leidtragende sind - neben den Eltern und Kindern - vor allem die Volksschulen: Auf sie kommt mehr Arbeit, Administration und Integrationsaufwand zu.

Die IG Privatschulen warnt vor einem Bildungsabbau und stellt das Sparpotential der Vorlage, die nicht mit den Mehrkosten rechnet, als unseriöses Versprechen in Frage.